

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 05.10.2006**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4  
Konferenzraum, Raum 117  
06114 Halle (saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 19:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath	stimmb.Mitgl.	
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	
Frau Gertrud Ewert	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Dr. Gesine Haerting	„	
Frau Elke Schwabe	„	
Frau Petra Meißner	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Frau Bärbel Scheiner	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker	berat.Mitgl.	anw. bis 18 Uhr
Frau Peggy Rarrasch	„	
Herr Lothar Rochau	„	
Frau Petra Schneutzer	„	
Frau Dagmar Szabados	„	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Herbert Jomrich	beratend	entschuldigt
Frau Renate Leonhard	„	entschuldigt
Herr Gebauer	„	entschuldigt
Herr Max Privorozki	„	
Herr Sarunski	„	entschuldigt
Frau Dr. Christine Slomka	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

## Kinder- und Jugendsprechstunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.09.2006
4. Vorstellung des Fachkonzeptes FB Kinder, Jugend und Familie  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Anregungen
8. Mitteilungen  
der Verwaltung zur Kooperation des Eigenbetriebes Kita mit Logopäden  
der Verwaltung zum Stand der Gespräche mit dem Stadtschülerrat

## **zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es waren keine Kinder und Jugendlichen erschienen.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Unterlagen und der Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte als **neues stimmberechtigtes Mitglied Frau Petra Meißner**, welche im Austausch für Frau Brigitte Thieme (Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+ WG Volkssolidarität) im Jugendhilfeausschuss mitarbeiten wird.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Hanna Haupt** stellte die Tagesordnung fest. Diese wurde bestätigt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.09.2006**

**Frau Hanna Haupt fragte an**, ob die Niederschrift bestätigt werden kann.

**Frau Dr. Haerting** bat um eine Ergänzung bei TOP 5, auf S. 8, 5. Absatz bei Hinweis durch ein Mitglied (StR), dass die Zahlen wichtig sind, "vor dem Hintergrund der Streichung der Schulsozialarbeit durch das Land und dem Ersatz des Feststellenprogrammes durch das Fachkräfteprogramm".

Mit dieser Ergänzung wurde die Niederschrift bestätigt.

#### **zu 4      Vorstellung des Fachkonzeptes FB Kinder, Jugend und Familie Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter**

**Frau Hanna Haupt begrüßte** zu diesem TOP den Geschäftsführer der START g GmbH, Herrn Klaus Roth, welcher diesen Prozess mit seiner Beratungsgesellschaft begleitet. Sie gab das Wort an den Fachbereichsleiter, Herrn Rochau.

**Herr Rochau** sprach einleitende Worte zur Vorstellung des Rahmenfachkonzeptes (RFK). Er verwies darauf, dass dieses RFK einen umfassenden Perspektivwechsel in der Jugendhilfe der Stadt Halle bedeutet. Ausgehend von den Grundsatzbeschlüssen des Stadtrates und Jugendhilfeausschusses von 2002 sollen noch konsequenter grundlegende Arbeitsprinzipien der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wie Dienstleistungs-, Lebenslagen- und Ressourcenorientierung sowie Professionalität umgesetzt werden. Kindern, Jugendlichen und Familien soll eine „Bürgergesellschaft“ ermöglicht werden. Als ein Ziel dieser Umstrukturierung soll die Haushaltskonsolidierung im Bereich HzE 4,2 Mio € umgesetzt werden. Dies soll über einen gemeinsamen Deckungskreis erreicht werden und nicht durch Einsparungen im präventiven Bereich. Es wird neue Organisations- und Gremienstrukturen geben. Unsere Partner, die Vereine und Verbände aus den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Schule erhalten einen neuen Handlungsrahmen zur Kooperation mit der Jugendhilfe. Dieser Umbauprozess ist am Anfang schmerzhaft, da HH - konsolidierung und Zeitdruck und Festhalten an Gewohntem eine Rolle spielen. Herr Rochau betonte, dass die Grundverantwortung für diesen Prozess der öffentliche Träger der Jugendhilfe trägt. Hier ist nicht nur Gesamtverantwortung im Sinne von „Leitprinzip und Steuerungselement für das Verhältnis von öffentlichen und freien Trägern“ gemeint sondern auch, dass der öffentliche Träger für das Gelingen des Prozesses hier „seinen Kopf hin hält“. Das RFK wurde in drei Sitzungen (LIGA/Stadtjugendring und Unterausschuss Jugendhilfeplanung) mit den Partnern aus der freien Jugendhilfe besprochen. Es konnten noch nicht alle Detailfragen beantwortet werden, jedoch ist die Grundbereitschaft zu spüren, diesen Prozess mitzugestalten.

Der Grundsatzbeschluss des Jugendhilfeausschusses ist wichtig, um allen Beteiligten einen Rahmen zu geben und den Prozess unumkehrbar zu machen. Herr Rochau bittet darum, die Verwaltung zu beauftragen, dieses Konzept mit allen Partnern zu gestalten und umzusetzen. Am 12.10.06 wird es eine Auftakt-Veranstaltung mit allen freien Trägern der Stadt geben, um das RFK diesen vorzustellen und mit diesen zu besprechen. Die bereits vorhandene Qualität soll gesichert und verstärkt werden.

**Herr Rochau gab das Wort an seine Ressortleiter zur weiteren Vorstellung des RFK.**

**Frau Brederlow** informierte über die strukturellen Voraussetzungen (Organisation/Aufgaben/Grundlagen).

**Frau Heder** informierte über die Finanzstruktur.

**Frau Schöps** erläuterte das Berichtswesen/Controlling.

**Herr Wilhelm** machte Ausführungen zu Pro-Aktive-Systeme.

Er verwies darauf, dass die „Quartiersrunden“ erst nach und nach eingerichtet werden und sich nach den Bedarfen in den Sozialräumen richten.

Nach der Erläuterung durch die Ressortleiter des Fachbereiches hielt **Herr Weber, als Vorsitzender des Unterausschusses (UA) Jugendhilfeplanung**, seinen Bericht über das Ergebnis des UA Jugendhilfeplanung vom 29.09.06 und über die Einbeziehung des UA bei der Vorlage des RFK. Im UA Jugendhilfeplanung gab es eine Empfehlung an den Jugendhilfeausschuss, welche mit 4 Ja- : 3-Nein- Stimmen gefasst wurde.

**Anmerkung:** Da dieser Bericht als Anhang der Niederschrift für die Mitglieder beigefügt ist, wird dieser hier nicht zitiert.

Ein **Mitglied (StR)** bat darum, dass dieser Bericht der Niederschrift angehängt wird. Dies erfolgt.

Ein **Mitglied (SkE)** begrüßt diesen Schritt der Verwaltung, welcher hier vorgestellt wurde. Die bisherige Praxis zeigte, dass oftmals erst zu spät eingegriffen wurde, weil die Agierenden untereinander wenig voneinander wussten. Mit diesem Prozess gelingt es eher, alle Betroffenen an einen Tisch zu holen und rechtzeitig alle notwendigen Schritte miteinander abzustimmen.

Durch ein **Mitglied (Fr.Träger)** wurde angesprochen, dass mit dem Rahmenfachkonzept (RFK) die Perspektivrichtung für die freien Träger nicht klar ist. Es wurde an die JHA-sitzung vom 06. Juli 2007 erinnert, in welcher durch ein Mitglied angefragt wurde, warum die freien Träger bei der Erarbeitung dieses RFK nicht im Vorfeld einbezogen wurden. Es wurde geantwortet, dass es sich hierbei um ein verwaltungsinternes Konzept handelt und deshalb eine Einbeziehung und Mitwirkung der freien Träger am RFK nicht erforderlich ist. Es wird deutlich, dass dieses RFK kein internes Verwaltungspapier ist sondern insgesamt die Jugendhilfe berührt. Insofern hätte eine Einbeziehung der freien Träger der Jugendhilfe im Vorfeld erfolgen müssen. Auf S. 8 des Fachkonzeptes steht das zur Verfügung stehende Budget und dass diese Vorgaben noch konkretisiert werden müssen. Laut § 80 Jugendhilfeplanung steht im Abs. 3 eindeutig geschrieben, dass die anerkannten freien Träger in allen Phasen der Planung frühzeitig einzubeziehen sind. Eine Beteiligung der freien Träger hierbei wird nicht gesehen. Kommt es zu Änderungen des RFK, wenn sich dies aus Diskussionen mit den freien Trägern jetzt erforderlich macht. Das RFK setzt eine Umsetzungsbereitschaft voraus, es wird keine partnerschaftliche Zusammenarbeit hierbei gesehen. Es gibt jetzt diesen „Rahmen“ und diesen hätten die freien Träger gern mitgestaltet. Wie sind die Ansätze im Haushalt entstanden, Bedarfe sind mittelfristig zu erstellen und eine Bedarfsprüfung notwendig, Prioritäten müssen gesetzt werden. Welche Mittel sind einzelvertraglich gebunden.

**Herr Rochau** verwies auf den langjährigen Prozess, welcher hier seit dem Grundsatzbeschluss vonstatten geht. Allein 1 ½ Jahre wurden damals die Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik diskutiert. Hierbei wurde damals bereits deutlich gemacht, dass als nächster Schritt die sozialräumliche Umstrukturierung erfolgen muss. 2002 gab es keine Mehrheit im Jugendhilfeausschuss, so dass dies über den Stadtrat beschlossen wurde. Von einer Nichtbeteiligung der freien Träger an diesem langjährigem Prozess kann nicht gesprochen werden. Die Bürgermeisterin hat mit der LIGA und dem Stadtjugendring ein Gespräch geführt, die Gremienstruktur wurde ebenfalls besprochen. Es gab Zwischengespräche mit Herrn Weber bei ihm. Er machte deutlich, dass im HzE-Bereich keine bereichsbezogene Bedarfsplanung gemacht wird. Die Vorgaben sind hier eindeutig klar, laut HH - konsolidierung müssen 4,2 Mio € eingespart werden. Und diese Vorgabe ist umzusetzen.

Die Freien Träger haben erwartet, dass die Verwaltung ihren Steuerungsprozess wahrnimmt. Jetzt setzt die Verwaltung dies um. Er erinnert auch an die Diskussionen zu der alljährlichen Fördermitteln, bei denen ebenfalls Prioritäten beschlossen wurden.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass die Stellungnahme des Vorsitzenden des UA Jugendhilfeplanung, Herrn Weber, in der gehaltenen Form abgelehnt wird. Dort wird überwiegend die Meinung der freien Träger vorgetragen und die Stellungnahme der Stadträte, welche im UA sitzen, vermisst. Es gibt eindeutige Finanzvorgaben durch den Stadtrat, welche einzuhalten sind. Die Diskussion um die Mittel im HzE-Bereich geht seit Jahren. Das Niveau in diesem Bereich muss geändert werden, deshalb ist eine Umsteuerung notwendig. Mit dem RFK wird ein „Startschuss“ gesetzt, der noch ausgeführt werden muss. Die Zahlen sind eine eindeutige Vorgabe aus der HH - konsolidierung der Stadt Halle. Es wurde auf die Gesetzeslage verwiesen. Das Thema HzE wird seit langem diskutiert und von einer Nichtbeteiligung der Träger kann also keine Rede sein.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass sich der Stadtjugendring mit dem RFK beschäftigt hat. Es gibt folgende Anmerkungen zum RFK:

1. eine Stadtteilübergreifende Arbeit ist im Rahmen des Konzeptes so nicht zu sehen, ist also ein offener Punkt.
2. die Sozialraumgruppen sollen Budgets erhalten. Wer koordiniert das, wer macht die Vorgaben hierfür; wer entscheidet über das Budget.
3. es tauchen keine Indikatoren für die Budgetüberweisung auf. Was sind die Indikatoren dort; was sind die Indikatoren für die Sozialraumübergreifende Arbeit.
4. Mit welchen Kompetenzen sind die Sozialraumgruppen ausgestattet.

**Herr Rochau antwortete**, dass die übergreifenden Dinge, die nicht im Sozialraum eingebunden sind, zentral über die Fachbereichsleitung ausgehandelt werden. Die Zusammensetzung der Sozialraumgruppen ist ein spannender Punkt, dies soll mit den freien Trägern gestaltet werden. Die Verantwortung liegt hierfür bei den Ressortleitern des Fachbereiches. Es soll gleichwertige Partner gemeinsam mit der Jugendhilfe geben. Schule ist klar, hier wird es verbindliche Rahmenbedingungen geben. Partner sind aber auch Wirtschaftsunternehmen; Ressourcen sind zu sehen. Unbestritten ist, dass in den nächsten Jahren viel auf uns zukommen wird.

**Frau Szabados erinnerte** an den Stadtratsbeschluss, der eindeutig aussagt, dass diese anderen Bereiche bei der Prozessgestaltung mit einzubeziehen sind.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass eine Zielkonkretisierung erfolgen muss, in welche Richtung soll es gehen.

**Frau Brederlow antwortete**, dass dies im Konzept unter dem Punkt 2.2. zu sehen ist. Es soll vor Ort, anhand der Ziele, die im Jugendhilfeausschuss beraten werden, gesehen werden, was für den jeweiligen Sozialraum „passend“ ist. Dies richtet sich nach dem Klientel und den Bedarfen des jeweiligen Sozialraumes. Die Budgets werden im Jugendhilfeausschuss beraten. Es wird ein zentrales Budget geben und diese „Zentrale“ wird bei dem Budget auch die sozialraumübergreifende Arbeit berücksichtigen.

**Herr Weber sprach** an, dass er es als Pflicht ansah, über das Ergebnis aus dem UA Jugendhilfeplanung zu berichten. Er verwies auf eine Aussage von Herrn Godenrath im Protokoll aus dieser Unterausschusssitzung.

**Herr Godenrath** machte deutlich, dass dieses 2seitige Protokoll nicht als Wertung von Aussagen für eine mehrstündige Sitzung angesehen werden kann. Er brachte seine Verwunderung über die jetzt eingetretene unsachliche Darstellung zum Ausdruck.

**Durch ein beratendes Mitglied** wurde angesprochen, dass das RFK auf ein abstraktes Niveau gehalten ist, insbesondere bei Satzkonstruktionen. Dadurch sind einige Dinge unklar formuliert und schlecht verständlich für Jedermann. Die Zeitspanne für die Diskussion und Umsetzung ist zu knapp. Eine schrittweise Beteiligung sollte bei diesem Prozess erfolgen.

**Herr Rochau antwortete**, dass deutlich gemacht wurde, dass es auch um die Vorgaben aus der HH - konsolidierung zur Einsparung von Mitteln im HzE-Bereich geht. Die Verwaltung muss klar machen, was an Umbau passieren muss. Der zeitliche Rahmen muss konsequent umgesetzt werden, um das Ziel erreichen zu können.

**Frau Szabados sprach an**, dass es eine eindeutige Beschlusslage des Stadtrates gibt, was umzusetzen ist. In diesem Prozess sind alle Beteiligten mit eingebunden. Bereits 2002 gab es hier einen Streitpunkt dazu. Knackpunkt ist jetzt auch, dass „Andere“, die nicht zur Jugendhilfe gehören, hier für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen Mittel erhalten sollen. Die Potentiale müssen genutzt werden. Der Auftrag des Stadtrates sagt aus, dass auch andere Partner aus dem Sozialraum als Partner einbezogen werden sollen. Es bestand immer die Möglichkeit, sich aktiv an Diskussionen zu beteiligen. Erst wird erwartet, dass die Verwaltung etwas vorlegt und jetzt, wo etwas vorgelegt wird, gibt es einen Aufschrei. Sie weist den Vorwurf von der Verwaltung, dass die freien Träger am Prozess nicht beteiligt wurden.

Sie sprach an, dass vorausgesetzt wird, dass im Jugendhilfeausschuss Personen sitzen, die in der Jugendhilfe bewandert sind und auch mit den Begrifflichkeiten vertraut sind oder sich vertraut machen.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass hier Stadtratsbeschlüsse zitiert wurden, die nicht in Kritik stehen. Die Verwaltung weist auf einen Beteiligungsrahmen hin, die freien Träger haben dies anders erlebt. Dies ist ein schwerer Dissens. Grundgedanke dieses RFK ist es, dass Finanzmittel in bestimmten Ebenen vernetzt werden sollen. Es wird geglaubt, dass präventive Arbeit dadurch verbessert werden kann. Warum wurden keine Mittel z.B. für präventive Arbeit in Kita's gegeben. Haushaltsansätze, die in 2007 drin stehen, sind bereits im HzE-Bereich gebunden, die bereits laufen. Wenn Mittel bereits gebunden sind, welche sind dann noch vorhanden, um präventive Arbeit zu vermehren. Investitionen werden vermisst. Wo im Deckungskreis werden bestimmte Bereiche nicht mehr befriedigt. Bei einer Budgetierung müssen dennoch die Pflichtleistungen erbracht werden. Es wird die Produktbeschreibung bei diesem RFK vermisst. Die Sozialraumorientierung ist kein falscher Weg, es muss gesehen werden, was hier passiert. Wie hoch sind die Kosten – dies wird über Bundesgesetze bestimmt. Es erfolgte ein Hinweis auf bereits bestehende Gerichtsurteile von Ende 2004/Anfang 2005, wo eindeutig eine Sozialraumbudgetierung untersagt wurde. Bsp. Stadt Hamburg. Die freien Träger sehen die Arbeit am Menschen, dies wird hier vermisst.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurde dem widersprochen. Das RFK gibt einen Rahmen vor. Im UA Jugendhilfeplanung wurde angefragt und es wurde klar gemacht, dass es Zielvereinbarungen geben soll und auch eine 1/4jährliche Berichterstattung zum Prozess soll erfolgen.

Wenn im Jugendhilfeausschuss bemerkt wird, dass in einem Sozialraum ein falscher Weg beschritten wird, dann kann doch noch umgesteuert werden. Es gibt Sozialräume wo mehr und andere wo weniger Bedarfe gesehen werden. Im Rahmen des Konzeptes kann doch dann im jeweiligem Sozialraum noch etwas verändert werden. Es wurde ein Beispiel für „Quartiersarbeit“ gebracht, die deutlich machte, wie wichtig eine Vernetzung der verschiedenen Partner im Sozialraum ist.

**Ein Mitglied (StR)** schließt sich den Ausführungen der Vorgängerin an. Es wurde auf die Besonderheit des Jugendhilfeausschusses eingegangen. Hier sitzen Vertreter mit unterschiedlichen Aufträgen und Zielen. Die Stadträte verfolgen die Vorgaben der HH-konsolidierung. Die Sorgen der freien Träger werden gesehen, auch die „Ecken“ in diesem Prozess werden gesehen. Aber der Rahmen zum Umgestaltungsprozess ist klar vorgegeben worden, jetzt kommt es auf die Gestaltung an. Zur zeitlichen Abstimmung wird der Kompromiss vorgeschlagen, dass die 1/4jährliche Berichterstattung auf „mindestens



1/4jährlich“ erweitert wird. Somit kann gewährleistet werden, dass der Jugendhilfeausschuss über auftretende Probleme beim Prozess schneller informiert wird.

**Herr Roth** sprach an, dass bei dem Beschluss des RFK ein Startschuss für die Verwaltung gegeben wird, damit diese die Auflösung der Teams und eine Teamneubildung vornehmen kann. Am 12.10.06 gibt es eine große Veranstaltung mit den freien Trägern der Stadt hierzu. Bei diesem Prozess werden alle einbezogen, auch die Mitarbeiter wurden informiert. Rechtlich gesehen gibt es keine Budgets für die Träger. Eine Vernetzung untereinander erfolgte bisher teilweise ungeplant und unstrukturiert. Die öffentliche Verwaltung sollte der bestehenden Aufgabe gerecht werden und hat dies mit dem vorliegenden RFK versucht. Jetzt erfolgen die Diskussionen und der Ausgestaltungsprozess kann stattfinden. Es wurde die Zeitschiene für die Umsetzung per Folie aufgelegt, um diese klar zu machen.

**Herr Rochau sprach an**, dass eine vertragliche Bindung bis Ende 2007 mit der Option für 2008 mit der START g GmbH zur Begleitung dieses Prozesses besteht. Das bedeutet, dass wir mit Unterstützung diesen Prozess begleitet bekommen. Am 12.10.06 sollen mit den freien Trägern Schwerpunktsetzungen erfolgen. Es soll regelmäßig zu den Prozessergebnissen informiert werden. Er verwies auch auf das Projekt mit den Partnern im Tandemverfahren zum § 78 SGB VIII, welches auch in der Stadt Halle läuft. Im JHA am 07.12.06 werden die Prioritäten 2007 und die Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) behandelt werden. Der Prozess steht zeitlich gesehen jetzt straff bis Januar 2007. Diesen Monat soll noch der Zeitrahmen bis Ende 2007 gesteckt werden.

**Durch Mitglieder** wurde darum gebeten, dass die Zeitschiene an die Niederschrift angehängt wird.

**Herr Weber** wies darauf hin, dass die hier aufgelegte Zeitschiene nach den letzten Absprachen im UA Jugendhilfeplanung nicht mehr aktuell ist sondern die aktuelle Zeitschiene, wie besprochen, angehängt wird.

**Die Verwaltung** sicherte dies zu.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass sich dieser nicht als „Blockierer“ sehen möchte. Am 07.09.06 fand ein Gespräch statt, in welchem es um die Gremienstruktur ging. Das RFK bietet einen Rahmen, jedoch wird einiges darin vermisst. Im Punkt 2.4. Kommunikationsstruktur des örtlichen Trägers fehlt einiges. Z.B. Planungsgruppe (sozialraumübergreifend). Die Mittelverteilung an andere Bereiche werden so nicht gesehen, da es nach § 11 SGB VIII hier eine Prioritätenlage gibt, die klar ist. Mit der Grundlinie des RFK gibt es kein Problem. Aber wenn heute hier Beschlüsse gefasst werden, könnten diese generell als verbindlich angesehen werden, obwohl einiges im RFK noch fehlt.

**Frau Szabados sprach an**, dass am 07. September 2006 in der Beratung mit der LIGA und dem Stadtjugendring durch die Verwaltung darum gebeten wurde, dass Hinweise und Vorschläge gemacht werden. Sie ist erstaunt, dass dies heute hier erst erfolgt und nicht schon eher diese an die Verwaltung gegeben wurden.

**Herr Rochau sprach an**, dass unmissverständlich klar ist, dass es vier Gremien geben wird, wovon zwei klar vom Gesetzgeber vorgegeben sind. Das sind der Jugendhilfeausschuss und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Die anderen beiden Gremien sollen noch ihre Ausgestaltung erhalten. Es müssen Gremien sein, die konsequente Ziele vorgeben und verfolgen. Dies war in der Vergangenheit so nicht möglich, da ein präzises Controlling gefehlt hat.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde bemerkt, dass die Verwaltung und die Träger fachlich nicht weit voneinander entfernt sind, aber die Zeitschiene hierzu einfach zu schnell ist.

Durch ein **Mitglied (skE)** wurde angesprochen, dass im präventiven Bereich auch die Einbeziehung von Heilpädagogen etc. in die Einrichtungen erforderlich ist.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurde bedauert, dass die Kommunikation insbesondere bei diesem Prozess noch nicht klappt. Auf der Tagesordnung stand heute die Berichterstattung und klar ist geworden, dass es heute einen Beschluss geben soll, damit die Verwaltung handeln kann. Tatsache ist, dass die finanziellen Mittel nicht reichen und nicht nur in der Jugendhilfe. Dem Stadtrat und dem Jugendhilfeausschuss wird immer viel Verantwortung zugeschoben.

Bedeutsam wird hierbei, dass der regelmäßigen Berichterstattung ein großes Augenmerk gilt.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass es um viel Geld geht. 4,2 Mio € sollen gespart werden. Die beste Hilfe ist immer die, die nicht stattfinden muss. Die Problemlagen in der Stadt sind hinreichend bekannt und müssen angegangen werden. Die HH-Konsolidierung steht und muss umgesetzt werden.

**Ein Mitglied (Fr. Träger)** äußerte sich zur Aussage von Herrn Roth, dass bisher eine unstrukturierte Vernetzung in der Stadt stattgefunden hat. Dies stimmt so nicht. Es gibt viele gute Vernetzungsarbeit in der Stadt, insbesondere auch in der Südstadt. Seit Jahren wird umstrukturiert und dies wurde auch mit verfolgt. Im RFK werden die Integration/Migration vermisst. Es fehlen auch Strukturen wie z.B. die Franzigmark, Bereich Umwelt. Die Frage ist auch, wer muss dann an den „Quartiersrunden“ teilnehmen. Was haben die Träger für Auflagen zu erfüllen. Richtig und wichtig hier zu diskutieren und auch in der Veranstaltung am 12.10.06 mit den freien Trägern. Ein Beschluss sollte erst in der nächsten Sitzung herbeigeführt werden.

**Herr Rochau wies darauf** hin, dass in den 90iger Jahren in der Jugendhilfe in der Stadt Halle sehr viel passiert ist. Die Fragen von heute sollten in der Veranstaltung am 12.10.06 diskutiert werden. Er bestätigte, dass in bestimmten Punkten eine gestörte Kommunikation festgestellt wird. Jetzt ist der Gesamtprozess zu sehen. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie trägt für die Einsparung von 4,2 Mio € die Verantwortung und die ist nicht einfach. Daran gibt es nichts mehr zu deuten oder zu diskutieren.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde auf die vorgelegte Zeitschiene eingegangen. Am 12.10.06 steht der Prozessbeginn mit den freien Trägern an. Heute soll schon etwas beschlossen werden. Wenn etwas beschlossen wird, ist die Verteilung an viele Akteure in den Sozialräumen erforderlich. Dies schafft kein gutes Arbeitsklima. Das Fachkonzept kann nicht unter dem Aspekt der Beteiligung der freien Träger beschlossen werden, da dies nicht so erfolgte.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass das RFK nur unter dem Aspekt, dass dies ein Rahmen sein soll, angenommen werden kann. Dieser Rahmen muss noch gefüllt werden. Wenn aber schon alles so beschlossen ist, dann geht das so nicht. Warum musste erst die LIGA die Verwaltung für den 07.09.06 einladen, wenn die Verwaltung das Konzept, welches vom Juli 2006 ist, schon vorliegen hatte. Es wird eine andere Zeitschiene als die vorgelegte benötigt. Es steht ein diskussionsfreudiges Konzept. Weder im UA Jugendhilfeplanung noch an anderer Stelle war dies in 14 Tagen faktisch zu untersetzen. Wenn eine Beteiligung gewollt ist, dann müssen die Gremien auch ernst genommen werden.

**Herr Rochau antwortete**, dass fast 3 Monate über den Rahmen des Konzeptes diskutiert wurde. Bereits 2002 wurde die Richtung hierfür vorgelegt und jetzt verfolgt. Die Kritik an die Kommunalstruktur kann so nicht stehen bleiben, da seit 2002 genug Möglichkeiten für Diskussionen bestanden haben, was auch teilweise wahrgenommen wurde.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Diskussion jetzt beendet sein sollte und verwies auf die drei Empfehlungen, welche beschlossen werden sollte. Die Ergänzung.. „mindestens“ quartalsweise wird mit aufgenommen. Sie verlas diese:

1. Dem Fachkonzept als Rahmen des weiteren Verwaltungshandelns wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der freien Träger den Prozess insbesondere hinsichtlich der Gremienstrukturen und des Controllings zu gestalten.
3. Der Jugendhilfeausschuss wird über den Prozessverlauf regelmäßig, **mindestens quartalsweise**, informiert.

**Durch die Vertreter der LIGA und des Stadtjugendringes** wurde ein Gegenvorschlag eingebracht.

**Anmerkung: Dieser Antrag hängt der Niederschrift für die Mitglieder an.**

**Durch ein Mitglied (StR) wurde** angesprochen, dass dieser Umgang miteinander unmöglich ist und die Situation nicht entspannt. Klar ist, die Träger haben jetzt einen Alternativvorschlag vorgelegt, über welchen abzustimmen ist. Die Art und Weise ist eine andere Sache.

**Durch ein Mitglied (StR) wurde kritisiert**, dass dies heute kein Miteinander ist. Die Vorgehensweise des Vorsitzenden des UA Jugendhilfeplanung wird kritisiert und dieser darauf verwiesen, dass er sich demokratisch zu verhalten hat. Heute wurde deutlich, dass die Interessen der freien Träger in den Vordergrund gerückt wurden, was nicht passieren darf. Es gab im UA Jugendhilfeplanung klare Abstimmungsvoten, an die sich hier zu halten ist. Es wurde die Enttäuschung über die eingetretene heutige Situation und das undemokratische Verhalten deutlich zum Ausdruck gebracht. Es wurde der Wunsch geäußert, sich wieder auf das Wesentliche zu besinnen und einen vernünftigeren Umgang miteinander an den Tag zu legen.

**Frau Hanna Haupt** verlas nochmals den Empfehlungsvorschlag der Verwaltung mit der geringfügigen Ergänzung im 3. Vorschlag um das Wort „mindestens“.

**Durch ein Mitglied (STR) wurde** darauf verwiesen, dass laut Geschäftsordnung des Stadtrates der Vorschlag nur als „Alternativvorschlag“ und nicht als „Änderungsvorschlag“ zu werten ist.

Ansonsten hätte der Vorschlag vorher allen Mitgliedern vorliegen müssen. Über diesen Alternativvorschlag ist heute ebenfalls zu beschließen. Der Ausschuss hat sich daran zu halten.

**Frau Hanna Haupt** verliest den **Alternativvorschlag der LIGA und des Stadtjugendringes** und bat um Abstimmung hierzu.

<b>Befürwortungen:</b>	<b>6</b>
<b>Ablehnungen:</b>	<b>9</b>
<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**Somit wurde dieser Alternativvorschlag abgelehnt.**

**Frau Hanna Haupt** bat um Abstimmung der **Empfehlungsvorschläge der Verwaltung:**

<b>Befürwortungen:</b>	<b>9</b>
<b>Ablehnungen:</b>	<b>6</b>
<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**Somit wurden die Vorschläge der Verwaltung zustimmend beschlossen.**

## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

## zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

### Anfrage durch Frau Dr. Haerting an den EB KITA

1. wieso erfolgte eine Stellenausschreibung für die Stelle Facility Management, dies muss doch über ZGM laufen.
2. in den städtischen Kita´s ist eine Unternehmensberatung, mit welchem Hintergrund halten diese sich dort auf.

**Frau Lademann antwortete zu 1.,** dass es sich bei dieser Stelle um eine Schnittstelle im EB KITA handelt, deren Stelleninhaberin im Erziehungsurlaub ist. Diese Schnittstelle wird zur Koordination zwischen ZGM und EB Kita benötigt. Dies wurde auch im Ausschuss des EB KITA bereits erläutert.

**Frau Lademann antwortete zu 2.,** dass es sich hierbei um Mc Kinsey handelt. Mc Kinsey widmet sich u.a. stark der frühkindlichen Bildung im Rahmen *Mc Kinsey bildet*. Das Projekt des Eigenbetriebes Kita heißt Kita – Frühling. Die Unterstützung in diesem Projekt erfolgt durch Mc Kinsey kostenfrei ( Pro Bono). Es werden gemeinsam mit Mc Kinsey Selbstevaluationsbögen entwickelt. Dabei sind zunächst 15 Kitas unmittelbar beteiligt. Am Ende des rund 2 Jahre dauernden Prozesses wird es für alle 45 Kitas ein Stärken- / Schwächenprofil geben. Für den Eigenbetrieb ist es von hoher Priorität, Qualität festzuschreiben und zu sichern.

### Anfragen Herr Lange zu

1. Stand zur Entwicklung der Eröffnung der Kita Fischer von Erlach Straße
2. fließen bei der Prioritätenliste zu Investvorhaben Kita auch Pflichtaufgaben wie die Beachtung des Brandschutzes in den Einrichtungen mit ein, insbesondere bei der Erteilung von Auflagen.

**Herr Rochau** teilte zu 1. mit, dass er dies im nichtöff. Teil der Sitzung beantworten wird.

**Frau Lademann antwortete zu 2.,** dass die Brandschutzbestimmungen durch die Feuerwehr und die Arbeitssicherheit überprüft und nötigenfalls Auflagen erteilt werden. Diese haben oberste Priorität und es wird versucht, diese schnellstmöglich umzusetzen.

**Herr Lange hinterfragte,** ob dies bei der Prioritätenliste der Verwaltung zu den Investvorhaben eine Rolle gespielt hat und inwieweit auch die Kita´s der freien Träger hierbei berücksichtigt werden.

**Frau Schöps antwortete,** dass die Prioritäten auch mit den freien Trägern von Kita´s besprochen werden. Insbesondere fehlende Rettungswege etc. stehen in oberster Priorität.

**Anfrage von Frau Scheiner,** zu den Zahlen von minderjährigen Schwangeren. Laut Landesstatistik gibt es 17.166 Schwangere, wovon die Hälfte im Alter von 14-16 Jahren ist. Das Land hat vor, die Förderung der Schwangerenberatungsstellen zu kürzen. Dies hat zur Folge, dass dann die Kommune gefragt ist.

**Herr Rochau sicherte zu**, die Zahlen der minderjährigen Mütter in Halle bis zur nächsten Sitzung ermitteln zu lassen.

**Anfrage durch Frau Ute Haupt** zum Umgang mit rechts orientierten Jugendlichen insbesondere auch jetzt im OB-Wahlkampf, da es auch einen Kandidaten von der NPD gibt.

**Herr Rochau antwortete**, dass dieses Thema auch gestern im Präventionsrat besprochen wurde. Er hat hierzu sehr gutes Material hinsichtlich von Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf erhalten. Dieses Material kann er an interessierte Mitglieder in Kopie weitergeben.

**Anfrage von Herrn Weber** zu dem versprochenen Ergänzungsmaterial zum HzE-Bericht, welches im Nachgang zur letzten Sitzung verteilt werden sollte.

**Die Verwaltung** hat die Kopien zur Verteilung nach der Sitzung mit.

## **zu 7      Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

## **zu 8      Mitteilungen der Verwaltung zur Kooperation des Eigenbetriebes Kita mit Logopäden der Verwaltung zum Stand der Gespräche mit dem Stadtschülerrat**

### **Mitteilungen der Verwaltung:**

**Herr Rochau informierte** zum Stand der Gespräche hinsichtlich Stadtschülerrat. Am 12. September gab es gemeinsam mit dem FB Schule, Sport und Bäder, Herrn Hildebrandt und Herrn Zschocke und Vertretern des Stadtschülerrates, ihm und einer Mitarbeiterin des Kinderbüros ein Gespräch. Es wurden u.a. Festlegungen getroffen. Dem Stadtschülerrat wurde deutlich gemacht, dass dieser seine Teilnahme am Bildungsausschuss regelmäßig absichern muss. Es sollen geeignete Räumlichkeiten gefunden werden. Er hat diesbezüglich bereits mit Herrn Weber gesprochen, ob in der JFE Wasserturm Räume zur Verfügung stehen würden. Anfallende Kosten müssen vom FB Schule, Sport und Bäder getragen werden.

**Herr Weber informierte**, dass der Besichtigungstermin mit den Vertretern des Stadtschülerrates und dem Kinderbüro für Mitte Oktober abgesprochen wurde.

**Frau Lademann informierte darüber**, dass durch Kinderärzte festgestellt worden war, dass viele Logopäden in den Kindertageseinrichtungen unterwegs sind, um Kinder zu therapieren. Es gab Gespräche durch die Bürgermeisterin mit Vertretern der Logopäden, Kinderärzten und der Krankenkassen. Durch die Logopäden wurde festgestellt, dass eine gezielte Sprachförderung für die Kindergartenkinder erforderlich ist. Es müssen Sprachvorbilder vorhanden sein. Erziehungspartnerschaften sollen entstehen. Es gibt Überlegungen mit den Krankenkassen, ein Modellprojekt entstehen zu lassen. Kinder, die eine Sprachtherapie benötigen (Klientel bezogen) sollen dies als Gruppentherapie, in Einzelfällen auch in Einzeltherapie, erhalten. Dies würden die Krankenkassen auch unterstützen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kita und Gesundheitsamt hilft notwendige Maßnahmen zu unterstützen.

Logopäden würden den Eigenbetrieb auch fachlich unterstützen wollen im Hinblick auf die Fortbildung von Erzieherinnen.

**Anfrage von Herrn Lange** dazu, ob diese Erfahrungen an die freien Träger von Kita´s weitergegeben werden.

**Frau Lademann antwortete**, dass nach der Zustimmung der Krankenkassen zum Modellprojekt die freien Träger hierbei mit ins Boot geholt werden sollen.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass am 21. Oktober ab 14.00 Uhr die Eröffnung des neuen Standortes „Schnatterinchen“ ist. Die Einladung hierzu verteilte sie an die Mitglieder.

**Herr Rochau** teilte zur Anfrage von Frau Rarrasch in der letzten Sitzung zum Anerkennungsverfahren nach § 75 SGB VIII mit, dass diese Anerkennung nicht örtlich begrenzt sind. Bei Sitzverlegung eines anerkannten Trägers in eine andere Stadt oder Bundesland bleibt die Anerkennung bestehen. Dies ist eine gewisse Vertrauenssache der Jugendämter untereinander, dass die erteilten Anerkennungen rechtmäßig erfolgten. Die Richtigkeit dieser Aussage wurde vom Landesverwaltungsamt bestätigt.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Schwabe teilte mit**, dass es eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem SKV und der Staatskapelle gibt. Diesen Sonntag findet für junge Familien mit Kleinkindern die erste Veranstaltung statt. Die Kinder können in der KITA Moritzburg abgegeben werden, natürlich nur gegen Vorlage des Tickets der Veranstaltung. Sie lädt interessierte Eltern dazu herzlich ein.

**Frau Hanna Haupt** teilte die **Sitzungstermine des I. Halbjahres 2007** den Mitgliedern mit:

11. Januar; 15. Februar; 15. März; 12. April, 03. Mai; 07. Juni und 05. Juli 2007 zur gewohnten Zeit um 16.00 Uhr.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass **mit dem Ausscheiden von Frau Thieme der Platz im Unterausschuss Jugendhilfeplanung neu besetzt werden muss. Vorgeschlagen wird Frau Petra**

**Meißner. Diese erklärte sich damit einverstanden.**

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sprachen nicht dagegen.**

**Somit wurde Frau Meißner mit Sitz im UA Jugendhilfeplanung bestätigt.**

Gez. Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

Gez. Szabados  
Bürgermeisterin

Gez. Kaupke  
Protokollantin

